

Bezugsgebühr... für Dresden... 3,00 Mk. ...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Carola-Chocolade.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38-40.

Anzeigen-Zarif... Anzeigen... 3 Hl., Sonntags... 11 bis 12 Hl. ...

Dresdner Entfettungs-Pastillen - Fucusin... von angenehmer, sicherer Wirkung. Glas 2 Mark. Versand nach auswärts. Königl. Hofapotheker, Dresden-H., Georgentor.

Akkumulatoren für Zimmerbeleuchtung... in Kronleuchtergeschäft von Ebeling & Croener Bankstrasse 11, Dresden.

Ullrichs Pianinos... sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. 1 Pianino-Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Lederwaren. Reise-Artikel.

Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser. Aufmerksamste Witterung: Mild, veränderlich. Das preussische Kriegsministerium hat sich gegen die militärische Verwendbarkeit von Flugmaschinen in ihrer gegenwärtigen Gestalt ausgesprochen. Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ benutzten den Alldeutschen Verband wegen Hoch- und Landesverrats. Der Entsendung einer türkischen Mission an den Jaren nach Livadia wird eine hohe politische Bedeutung beigemessen. Die Londoner „Daily Mail“ läßt sich aus Bombay melden, daß in nächster Zeit ein Krieg zwischen England und Ägypten bevorstehe.

Bei unseren westlichen Nachbarn die Rolle des Staatsoberhauptes zu spielen ist eine unauflösbare Aufgabe. Das haben bisher alle Präsidenten der dritten Republik mehr oder weniger zu spüren bekommen, und auch dem alten Herrn Fallières ist die gleiche Erfahrung nicht erspart geblieben. Es wohnen nämlich zwei Seelen in der Brust der französischen Republikaner: die eine ist den Traditionen der großen Revolution gemäß von Ablehnung gegen das Königtum erfüllt, in der anderen aber heckt noch eine gute Dosis von einer aus der Zeit des habsburgischen Glanzes übernommenen Vorliebe für monarchischen Prunk und Pomp. Diesen beiden verschiedenen psychologischen Jüngen muß ein französischer Präsident gleichmäßig gerecht werden, wenn er sich die wandelbare Gunst der öffentlichen Meinung eringen und erhalten will. Am besten verstand das Herr Felix Faure, der aber wiederum in der Nachahmung monarchischer Alüren zu weit ging, so daß er nicht nur alle Wohlgefühle des In- und Auslandes gegen sich auf den Plan rief, sondern auch in republikanischen Kreisen seines Landes vielfach ernstlich schiel angesehen wurde, weil man seiner republikanischen Gesinnung nicht ganz traute. Im allgemeinen haben indessen die bisherigen Präsidenten der dritten Republik für die Befriedigung der habsburgischen Gelüste der Bevölkerung wenig Verständnis gezeigt und sich mehr auf die Befriedigung einer gewissen spießbürgerlichen Einfachheit beschränkt, die in dem historischen Grönwischen Regenschirm einen klassischen Ausdruck gefunden und jetzt in dem persönlichen Singspiel des Präsidenten Fallières ihren vorläufigen Gipfelpunkt erreicht hat. Herr Fallières, der schlechterdings nichts weiter sein will als der von dem Vertrauen der Nation an die Spitze der politischen Geschäfte gestellte erste Bürger des Landes, treibt die republikanische Schlichtheit so weit, daß sich ein allgemeiner Sturm der Entrüstung gegen ihn erhoben hat. Schon seit längerer Zeit war es unangenehm aufzufallen, daß er sich bei offiziellen Gelegenheiten nur selten sehen ließ und seinen Reispflichten innerhalb der Grenzen der Republik, auf deren Erfüllung die Franzosen besonderen Wert legen, nur in der denkbar bescheidensten Weise nachkam. Seine Teilnahmslosigkeit gegenüber den Opfern der Katastrophe des Ballons „Republique“ hat nunmehr dem Faure den Boden ausgehohlet und sehr scharfe persönliche Angriffe gegen Fallières in der Presse ausgelöst. Dabei läßt sich nicht leugnen, daß das Verhalten des Präsidenten in diesem Falle in der Tat einigermaßen befremdlich ist. Man wird es auch im Auslande schwer begreifen, wie es geschehen konnte, daß das erwählte Oberhaupt der französischen Nation nicht bloß bei allen offiziellen Veranstaltungen, die zur Befehdung der nationalen Ehre um die Verunglückten in Szene gesetzt wurden, durch seine persönliche Abwesenheit glänzte, sondern daß er es nicht einmal für nötig hielt, an den Sargen eine Blumenkranz niederlegen zu lassen. Selbst die regierungsfreundlichen Organe geben unverhohlen ihrem Mißmute über eine so weitgehende Pomadigkeit Ausdruck, weisen auf das Beispiel Kaiser Wilhelms II. hin, neben dessen Aranz man den des Präsidenten vergeblich sucht habe, und heben das stolze Auftreten des Ministerpräsidenten Briand hervor, der sogar trotz seines Antifallièresismus den moralischen Mut besessen habe, auch an der kirchlichen Trauerfeier teilzunehmen. Gleichwohl das schon am grünen Holze der republikanischen Organe, so läßt sich ohne weiteres erweisen, mit welchem Eifer von der monarchistischen und nationalistischen Seite das dürre Holz ihrer Feindschaft gegen die Republik zusammengetragen wird, um es zum lodernen Scheiterhaufen zu entfachen. Da liegt man von einer „bösen Festschrift, unter der der Schlag des Herrschen sticht“, von einer „durch Altersschwäche herbeigeführten Schlafrucht“, von der Notwendigkeit eines „ärztlichen Staatsgerichtshofes“, durch den Herr Fallières „verurteilt und abgelehnt“ werden müsse, und was noch der schlimmen Schmähungen mehr sind. Es ist augenscheinlich, daß die antirepublikanischen Kreise diese Gelegenheit als einen willkommenen Anlaß benutzen, um unter Verleugnung jeder, auch der dürftigsten Ehrerbietung und Schonung gegenüber dem Staatsoberhaupt die Autorität der republikanischen Regierung zu erschüttern und den republikanischen Gedanken überhaupt durch die rücksichtslose und geschäftliche Bloßstellung der Persönlichkeit seines obersten Vertreters zu diskreditieren. Von dieser Seite wird der Feind gegen Fallières mit um so größerem Nachdruck geführt, weil im nächsten Jahre die allgemeinen Neuwahlen zur Deputiertenkammer bevorstehen, für welche die ja in der Tat eigenartige Passivität des Präsidenten den Monarchisten und Nationalisten einen nur zu willkommenen Agitationsstoff geliefert hat. Die einsichtigen Republikaner scheinen selbst zu fühlen, daß die fortschreitende Verfestung der staatlichen Autorität, die als Folge des radikalen Regimes immer deutlicher in die Erscheinung tritt, den gegnerischen Parteien bei den nächsten Wahlen zahlreiche Angriffspunkte bietet, die von einer geschickten und umfassenden Agitation wirksam ausgenutzt werden können. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es offenbar zu erklären, daß jetzt plötzlich noch unmittelbar vor Fortschluß der Legislaturperiode die Idee einer Wahlrechtsreform auf der Bildfläche erscheint. Es handelt sich dabei um den Vorschlag der Einführung der sogenannten Stimmwahl, bei der sämtliche in einem Wahlkreise aufgestellten Kandidaten auf eine gemeinsame Liste gesetzt werden und jeder Wähler über jeden einzelnen der daraus verzeichneten Bewerber abstimmen hat. Die Stimmwahl bildet also den Gegensatz zur Einzelwahl und kann ihrerseits wiederum mit der Verhältniswahl verbunden werden, so daß dann auch die anfänglichen Minderheiten eine Vertretung erhalten; andernfalls gelten nur diejenigen Kandidaten als gewählt, welche die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. Die französischen Republikaner haben bereits 1885 einmal einen Versuch mit der Stimmwahl gemacht, ebenfalls in der Hoffnung, dadurch ihre Stellung gegenüber den Monarchisten zu besfestigen. Damals schlugen aber ihre Erwartungen fehl, weil sich die äußerste Linke krampflos mit den Feinden der Republik verbündete, um ihre besonderen parteipolitischen Zwecke zu fördern. Als dann Boulanger als Ruder kam und sich anstrebte, die Stimmwahl als Sprungbrett zur Diktatur zu benutzen, fuhr den Republikanern die Angst ins Gebein und sie machten 1889 diesem Wahlverfahren wieder den Garaus. Inzwischen ist das gemäigte Element aus der Regierung der Republik hinausbefördert worden, und unter der Herrschaft des Radikalismus hat die allgemeine Verfestung der öffentlichen Gewalten so bedenkliche Früchte gezeitigt, daß die besonnenen republikanischen Kreise sich wieder nach der Stimmwahl zurücksehen, während die Gegner der Republik für die Beibehaltung der Einzelwahl eintreten, weil sie damit zurzeit bessere Geschäfte zu machen hoffen. Zur Kennzeichnung der Lage ist es bemerkenswert, daß selbst hervorragende Politiker von radikaler Färbung ihren Parteifreunden wegen der in ihren Reihen eingerissenen Zuchtlosigkeit ernstlich ins Gewissen reden. So erklärte jüngst der Finanzminister Cochery in einer Rede, der schwierigste Patriotismus bestehe nicht im Herrenkultus, sondern „in der händigen Unterordnung des Sonderinteresses unter das öffentliche Wohl“, und Herr Poincaré, der frühere Finanzminister, hat die krasenden Worte gesprochen: „Das Abgeordnetenmandat hat aufgehört, ein Amt und eine Ehre zu sein. Es ist ein Gewerbe geworden. Es gibt Leute, die Abgeordnete werden, wie sie Köche oder Bediente wurden, um einen guten Platz zu haben und ihn womöglich zu behalten. Geht das so weiter, so wird die Politik ihren handwerksmäßigen Betreibern ausgeliefert und es vollzieht sich die Scheidung zwischen dem Parlamente und der Nation.“ Um den hier angedeuteten Entwicklungsprozeß, der in seinem Abschlusse das Ende des republikanischen Geistes und der Republik überhaupt bedeuten würde, aufzuhalten, wollen die gemäigten Republikaner einschließlich der noch von staatlichem Verantwortlich-

keit gefühl geleiteten radikalen Kreise auf die Stimmwahl zurückgreifen, von der sie eine Einschränkung der jetzt im Parlamentarismus herrschenden Uebelstände erwarten. Die Kammer soll sofort nach ihrem im Laufe dieses Monats bevorstehenden Zusammenritte mit der Angelegenheit befaßt werden. Ob es freilich gelingen wird, die Wahlrechtsreform noch vor den Neuwahlen zur Tatfache zu machen, steht auf einem anderen Blatte. Einmal verfügen ihre Gegner in der radikalen Partei noch über die Mehrheit, und zum anderen spielt auch die Frage der Verhältnismäßig mit hinein, wodurch die Sache verwickelt wird. In der Haltung des größten Teils der radikalen Presse ist überdies nur zu deutlich das Bestreben erkennbar, die ganze Angelegenheit ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des parteipolitischen Interesses zu betrachten und die Gründe für und wider lediglich danach zu beurteilen, ob die Aufrechterhaltung der radikalen Machtstellung in größerem oder geringerem Maße gewährleistet wird. Gesänge es aber, wenn nicht schon jetzt, so doch zu einem späteren Zeitpunkt den Verechtern der Reform, sie trotz aller Schwierigkeiten zum Siege zu führen, so wäre aller Voraussicht nach dem gemäigten Republikanismus ein Weg gebahnt, auf dem er wieder Aussicht hätte, das Heft in die Hand zu bekommen, weil heute weder ein Boulanger noch ein Bündnis der äußersten Linken mit der Rechten zu fürchten ist.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Oktober. Zur Rede des Prinzen Ludwig von Bayern. Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kreuzzeitung“ wendet sich in einem Artikel „Ein Rückblick auf die Position Oesterreichs von Deutschland und ihre Auswirkungen“ gegen die von Prinzen Ludwig von Bayern ausgegangene Annahme, daß die Koalition der Deutschen in Oesterreich durch die preussischen Siege von 1866 und durch das Hinandrängen Oesterreichs aus dem alten Deutschen Bunde verursacht sei. „Wäre Oesterreich“, so schreibt die „Kreuzzeitung“, „im Verlaufe des Deutschen Reiches geblieben, so hätte es seine Nationalitätspolitik durch Bevorzugung der Magyaren, Polen, Tschechen usw. genau ebenso wie unter den veränderten Verhältnissen durchführen und ebensowenig wie jetzt darin behindert werden können. Etwasmalige Proteste deutscher Vertreter gegen Oesterreich als Mitglied des Deutschen Bundes wären erfolglos geblieben, jedenfalls erfolgloser, als unter den heutigen Verhältnissen etwa ein Tadel von außen sein könnte. In den tschechischen und slowenischen Gegenden Oesterreichs sind die Deutschen vielfach ihres Lebens nicht sicher. Sie können wirtschaftlich nicht vorwärts kommen, werden benachteiligt und zurückgedrängt. Das ist sehr behauerlich, wäre aber, wie gesagt, ebenso möglich, auch wenn Oesterreich noch im deutschen Reichsverbande stände. Uebrigens kann man ähnliche Verhältnisse gelegentlich auch in Deutschland selbst beobachten. Wie jeder Kenner von Land und Leute bestätigen wird, ist es heute noch in gewissen Gegenden Niederbayerns für den Grundbesitzer protestantischen Bekenntnisses fast ausdieselfen, sich längere Zeit zu halten. Er würde kein Dienstpferd bekommen, man würde ihm wenig oder nichts abkaufen, er fände in seiner Nachbarschaft nicht die geringste Unterstützung. Schließlich würde ihm nichts übrig bleiben, als wieder wegzuziehen. Solche Verhältnisse vermögen natürlich die geistlich gewährleistete Niederlassungsfreiheit zu durchkreuzen.“

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Oktober.

Herresverwaltung und Flugmaschinen. Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Stellung der deutschen Herresverwaltung zur Frage der Flugmaschinen ist im hiesigen Kriegsministerium mitgeteilt worden, daß der Aeroplan in seiner gegenwärtigen Gestalt für militärische Zwecke noch durchaus ungenügend sei. Die erzielten Dauer- und Höhenrekorde seien an und für sich imponierend und die ihnen vorläufig eine unabsehbare Entwicklungsmöglichkeit dieser modernen Luftfahrzeuge zu gewährleisten. Solche Hoffnungen könnten aber die Herresverwaltungen nicht dazu veranlassen, eine sofortige Andienstellung der Flugmaschinen zu veranlassen. Für den Ausflarmaschinen im Felde lasse sich der Aeroplan in seiner gegenwärtigen Gestalt noch durchaus nicht verwenden. Beienfalls, und auch das sei nicht mit Bestimmtheit zu behaupten, könnte man ihn zur Uebermittlung dringender Nachrichten innerhalb des Gebietes einer Armee verwenden. Weder Schnelligkeit noch Ausdauer seien allein maßgebend. Der Abolanz eines Fliegere muß diese Eigenschaften, zu denen noch die Möglichkeit der Erreichung großer Höhen und entsprechender Geschwindigkeit treten müsse, zu vereinen wissen. Außerdem müßte der Apparat leicht verpackbar und in kurzer Zeit aufmontierbar sein. Die Nachricht, daß die Militärverwaltung einen Wrightflieger gekauft habe oder nach vorgerührenden Abnahmefahrten zu kaufen gedente, ist unzutreffend. Die Herresverwaltung ist natürlich befreit, die Entwicklung der Flugmaschine in Deutschland nach besten Kräften zu fördern. Das wird am besten durch Unter-

Naumanns Germania-Fahrräder... DRESDEN - A. O. ...